

**Niederschrift**  
**über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses**  
**am 16.07.2013**

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)  
Beginn: 17:00 Uhr  
Sitzungspause: ./.  
Ende: 19:45 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Jung  
Frau Kammeier  
Frau Niederfranke  
Herr Schön  
Herr Weber

SPD

Herr Donath  
Herr Gerth bis 19.00 Uhr  
Herr Kaufmann  
Frau Schneider  
Frau Schrader Vorsitzende

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hood  
Frau Mann bis 19.30 Uhr  
Frau Rathsmann-Kronshage

FDP

Herr Buschmann bis 18.15 Uhr  
Herr Spalek von 18.15 bis 19.35 Uhr

Die Linke

Herr Dr. Schmitz

Beratende Mitglieder

Frau Cascante-Maristany BfB-Gruppe bis 18.20 Uhr  
Frau Huber Seniorenrat  
Herr Heuer Beirat für Behindertenfragen

Fraktions- bzw. gruppenlose Mitglieder

Frau Geilhaar

Verwaltung

Beigeordneter Herr Kähler  
Frau Schulz

Herr Wörmann

Frau Grau  
Frau Dammann

Herr Puls  
Herr Linnenbürger

Gäste

Frau Schnake  
Herr Schaible  
Frau Stelze  
Herr Franzen  
Herr Radloff  
Herr Siegeroth  
Herr Onckels  
Frau Schellong

Schriftführung

Frau Krumme

Dezernat 5  
Amt für soziale Leistungen  
-Sozialamt-  
Büro für Integrierte  
Sozialplanung und Prävention  
Amt für Verkehr  
Amt für soziale Leistungen  
-Sozialamt-  
Stab Dezernat 5  
Büro für Integrierte  
Sozialplanung und Prävention

moBiel  
Stiftung Solidarität  
Bündnis für ein Sozialticket  
Bündnis für ein Sozialticket  
Jobcenter Arbeitplus Bielefeld  
REGE  
AGW  
CDU-Fraktion

Amt für soziale Leistungen  
-Sozialamt-

**Öffentliche Sitzung:****Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Vorsitzende Frau Schrader begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Sie schlägt eine Erweiterung der Tagesordnung um zwei Beschlussvorlagen vor, die sich mit der Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen beschäftigen. Sie würden als TOP 7 und 8 behandelt werden. Die Anwesenden sind mit der Erweiterung der Tagesordnung einverstanden.

**Zu Punkt 1 Genehmigung von Niederschriften****Zu Punkt 1.1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 35. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 14.05.2013**

Herr Dr. Schmitz beantragt auf Seite 8, Punkt 7 den folgenden Satz zu streichen:

*„Den Vorwurf gegenüber der Verwaltung, sie arbeite nicht zielgenau weise er zurück.“*

**Beschluss:**

**Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 35. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 14.05.2013 wird, unter Berücksichtigung der vorgebrachten Änderung, nach Form und Inhalt genehmigt.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 1.2 Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame Sondersitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses (36. Sitzung) mit dem Jugendhilfeausschuss am 18.06.2013****Beschluss:**

**Die Niederschrift über die gemeinsame Sondersitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses (36. Sitzung) mit dem Jugendhilfeausschuss am 18.06.2013 wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

- einstimmig beschlossen -

-.--

**Zu Punkt 1.3 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 37. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 18.06.2013**

Vorsitzende Frau Schrader verweist auf die als Tischvorlage verteilte Niederschrift. Die Beschlussfassung darüber wird bis zur nächsten Sitzung vertagt.

-.--

**Zu Punkt 2 Mitteilungen**

**Zu Punkt 2.1 Weiterfinanzierung von Schulsozialarbeit und Mittagessen in Horteinrichtungen -Stellungnahme des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e. V.**

Vorsitzende Frau Schrader verweist auf die mit der Einladung versandte Stellungnahme des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e. V.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.--

**Zu Punkt 2.2 Schreiben der Hedwig-Dornbusch-Schule vom 10.07.2013**

Vorsitzende Frau Schrader verweist auf eine Stellungnahme der Hedwig-Dornbusch-Schule vom 10.07.2013 zum Thema „Kürzung der Finanzmittel im Leistungsvertrag im Bereich des Gesundheitsamtes“, die als Tischvorlage verteilt worden ist (**Anlage 1**).

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.--

**Zu Punkt 3 Anfragen**

**Zu Punkt 3.1 Schreibtisch mit Bürostuhl für schulpflichtige Kinder als Erstausrüstungsanspruch (Anfrage der Fraktion Die Linke vom 09.07.2013)**

Beratungsgrundlage:  
Drucksachennummer: 6008/2009-2014

Vorsitzende Frau Schrader verweist auf die als Tischvorlage verteilte schriftliche Antwort der Verwaltung (**Anlage 2**).

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**Zu Punkt 4**

**Anträge**

-.-.-

Es liegen keine Anträge vor.

-.-.-

**Zu Punkt 5**

**Sozialticket**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5904/2009-2014

Frau Grau informiert über die wesentlichen Punkte der Vorlage. Darüber hinaus teilt sie mit, dass der Finanz- und Personalausschuss und der Stadtentwicklungsausschuss der Vorlage, vorbehaltlich der Beschlussfassung des Sozial- und Gesundheitsausschusses, zugestimmt haben.

Herr Franzen und Frau Stelze erläutern anhand der zur Einladung nachversandten Unterlagen die Position des Bündnisses für ein Sozialticket und begründen ihren Vorschlag zur Preisgestaltung. Auf zahlreiche Fragen der Anwesenden führen Frau Schnake, Herr Schaible und Frau Grau aus, dass der Landeszuschuss vom Preis des bereits rabattierten Großkunden-Abos der Stiftung Solidarität abgezogen werde. Daraus ergebe sich auch der ausschließliche Verkauf über die Stiftung Solidarität. In die Preisgestaltung fließe auch das Bestreben nach einem kontinuierlichen Angebot des Sozialtickets. Anhand eines monatlichen Datenaustausches zwischen den Akteuren, würden die Preise ständig überprüft und bei Bedarf auch angepasst. Eine genaue Bewertung der Inanspruchnahmen sei erst nach dem endgültigen Befragungsergebnis der Fachhochschule möglich. Ein Vergleich mit anderen Städten sei nicht möglich, da Bielefeld mit der Übertragbarkeit des Tickets eine Ausnahme darstelle.

Beigeordneter Herr Kähler weist im Rahmen der Diskussion darauf hin, dass aus dem Regelsatz heraus lediglich eine angemessene Mobilität, nicht aber ein Monatsticket finanziert werden müsse. Bei der Diskussion über evtl. Gewinne sollte berücksichtigt werden, dass das Sozialticket und das Großkunden-Abo bereits subventionierte Tickets seien. Vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage müsse auch beachtet werden, in wie weit man sich Subventionen leisten könne.

Alle Anwesenden sind sich einig, dass durch eine zu knappe Preiskalkulation nicht die Situation provoziert werden dürfe, dass die Tickets im Laufe eines Jahres eingezogen werden müssten. Dadurch würden die Nutzer verunsichert und der bisherige Erfolg gefährdet. Die Verwaltung wird beauftragt, in angemessener Zeit einen Zwischenbericht vorzulegen.

Herr Dr. Schmitz stellt folgenden Antrag:

„Die Preise für das Sozialticket werden, entsprechend dem Vorschlag des Bündnisses für ein Sozialticket wie folgt festgesetzt:

Sechser-Abo: 29,90€

9-Uhr-Abo: 19,90€“

**Beschluss:**

- mit großer Mehrheit abgelehnt -

Vorsitzende Frau Schader bitte nun um die Beschlussfassung über die Beschlussvorlage 5904/2009-2014

**Beschluss:**

1. Entsprechend dem Beschluss des SGA vom 10.01.13 wird der folgende Erfahrungsbericht zum Sozialticket vorgelegt.
2. Beschlussvorschlag:  
Die Preise für das Sozialticket werden ab 01.08.2013 wie folgt neu festgelegt:
  - Sechser-Abo 34,40 €
  - 9-Uhr-Abo 22,90 €

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 6 Zielplanungsprozess**

**Zu Punkt 6.1 Zielplanungsprozess 2013 im Dezernat 5-Soziales, hier: Zielmatrix 1. Tertialberichterstattung**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5943/2009-2014

Herr Wörmann verweist auf die in der letzten SGA-Sitzung verteilten Zielmatrizen. Darüber hinaus teilt er mit, dass der Haupt- und Beteiligungsausschuss am 11.07.2013 eine verwaltungsweite Anwendung einer Zielmatrix zur Abbildung von steuerbaren Zielvereinbarungen zwischen Politik und Verwaltung einstimmig beschlossen habe.

Frau Schulz, Herr Radloff, Herr Siegeroth und Herr Wörmann erläutern die Ergebnisse einzelner Maßnahmefelder aus ihren Bereichen. Auf Fragen zur Darstellung der Maßnahmefelder, der Bearbeitungsintensität und der möglichen Priorisierungen führt Herr Wörmann aus, dass der Zielplanungsprozess ein lernendes System sei, in dem Projekte und Maßnahmen erläutert werden sollen. Die Arbeit der Verwaltung solle für die Politik transparent gemacht werden. Priorisierungen der Maßnahmen würden nicht vorgenommen, ihnen werde die gleiche Wichtigkeit beigemessen. Die Maßnahmefelder würden sich in jeder der drei

Controllingebenen des Dezernates (allg. Finanzcontrolling, HSK-Finanzcontrolling und Fachcontrolling/Zielmatrix) wiederfinden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

## **Zu Punkt 6.2 Trialogisches Fachforum**

Herr Wörmann führt aus, dass im Rahmen des beschlossenen Zielplanungsprozesses im August/September eine politische Schwerpunktsetzung für das nächste Jahr erforderlich sei. Nach Verständigung zwischen dem Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-, der REGE mbH, dem Jobcenter Arbeitplus Bielefeld und dem Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention, würden zwei Themenbereiche vorgestellt. Vorschläge von der AGW und dem Bielefelder Jugendring seien nicht eingereicht worden, auch ein bilateraler Austausch über die Vorschläge der Verwaltung sei nicht zustande gekommen, da sich die Träger nach eigener Aussage durch die Verhandlungen über die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen zur Zeit hierzu nicht in der Lage sähen. Ihrem Wunsch nach einer Verschiebung des Themas könne die Verwaltung nicht nachkommen, da in diesem Fall die zeitliche Abfolge des Planungskreislaufes nicht mehr gewährleistet wäre.

Die Verwaltung schlägt die Themen **Inklusion** und **Beschäftigungsinitiative im Quartier** vor.

Herr Wörmann begründet das Thema Inklusion mit dem Ratsbeschluss von Dezember 2012 über die Aufstellung eines Inklusionsplanes. Im Rahmen einer Prozessorganisation sollen alle bereits bestehenden Maßnahmen koordiniert und weitere Maßnahmen entwickelt werden. Herr Siegeroth erläutert die Beschäftigungsinitiative im Quartier für den Bereich der REGE dahingehend, dass ein im Netzwerk abgestimmtes Vorgehen zur Entwicklung von Potentialen in einem Quartier/Stadtteil vorangetrieben werden soll. Damit könnten Aktivitäten der Sozialverwaltung, Leistungsverträge, Aktivitäten und Vergaben des Jobcenters, Aktivitäten und Projekte der REGE mbH, aber auch quartiersbezogene Wirtschaftsförderungsmaßnahmen aufeinander abgestimmt und auf gemeinsame Ziele ausgerichtet werden.

Herr Radloff erläutert die Neuordnung der räumlichen Zuständigkeit und Neuorganisation des Jobcenters Arbeitplus Bielefeld (**Anlage 3**). Dadurch sollen die Zielgruppen besser sichtbar und eine größere Vernetzung von Akteuren möglich werden.

Beigeordneter Herr Kähler macht abschließend deutlich, dass die Politik nun entscheiden müsse, welches Thema in 2014 schwerpunktmäßig von der Verwaltung bearbeitet werden soll. Eins von den vorgeschlagenen Themen oder ein von der Politik vorgeschlagenes neues Thema. Eine Entscheidung sei wichtig, damit verwaltungsintern der Ressourceneinsatz eingeschätzt werden könne. Es werde an beiden vorgeschlagenen Themen in 2014 gearbeitet, abhängig von der politischen Beschlussfassung aber mit einer unterschiedlichen Intensität.

Um einen Dialog innerhalb der Fraktionen zu ermöglichen, schlage die Verwaltung vor, diese Diskussion als erste Lesung zu werten und eine Beschlussfassung in der SGA-Sitzung am 10.09.2013 herbeizuführen.

Die Anwesenden erklären sich mit diesem Vorgehen einverstanden.

1. Lesung -

---

## Zu Punkt 7

### **Sozialarbeiterische Betreuung von Flüchtlingen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5792/2009-2014/1

Vor Beginn der Diskussion äußert Vorsitzende Frau Schrader ihr Bedauern darüber, dass am Sitzungstag mit einem Pressebericht versucht werde, den Ausschuss unter Druck zu setzen. Frau Geilhaar teilt diese Auffassung.

Aufgrund des konzeptionellen Zusammenhangs schlägt Beigeordneter Herr Kähler vor, die Vorlagen zu den Punkten 7 und 8 gemeinsam zu behandeln. Die Anwesenden sind mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Beigeordneter Herr Kähler informiert über die bisherigen Gesprächsergebnisse auf Landesebene. Nach den derzeitigen Prognosen sei mit einem Anstieg der Flüchtlingszahlen und einem sich daraus ergebenden steigenden Betreuungsbedarf zu rechnen. Auch vor dem Hintergrund des hohen Sanierungsbedarfes der bisherigen Unterkünfte, müssten nun Beschlüsse herbeigeführt werden.

Auf Fragen von Herrn Weber, Frau Rathsmann-Kronshage, Herrn Dr. Schmitz, Herrn Onckels und Frau Schneider führen Frau Schulz und Beigeordneter Herr Kähler u. a. aus, dass die bisherigen Unterkünfte Teichsheide und Stadtring, nach dem Umzug der Flüchtlinge in das Objekt Eisenbahnstr., entsprechend dem Projekt „besser (ist) wohnen“ von der BGW in Wohnungen umgewandelt werden sollen. Von Seiten des Landes erfolge eine Bezuschussung nur während der Unterbringung von Flüchtlingen in Unterkünfte. Sobald sie in Wohnungen vermittelt seien, zahle das Land nicht mehr.

Es werde bereits jetzt versucht in die sozialarbeiterische Betreuung zu gehen, diesbezüglich würden verwaltungsintern Gespräche geführt. Im Hinblick auf die große Anzahl von Kindern bestehe ein enger Kontakt zum Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-. Fälle von Kindeswohlgefährdung seien bisher aber nicht aufgetreten.

1. Lesung -

---

## Zu Punkt 8

### **Verlagerung der Unterbringung von Flüchtlingen von den bestehenden Objekten Teichsheide 12a - 16a und Stadtring 79/79a in das Haus Eisenbahnstr. 29, 29a, 29b**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6015/2009-2014

Vorlage wurde unter Punkt 8 beraten.

1. Lesung -

---

**Zu Punkt 9**      **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen**  
**- Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

**Zu Punkt 9.1**      **Stromsozialtarif (Antrag der Fraktion Die Linke vom**  
**02.11.2012) -Antwort der Stadtwerke Bielefeld**

Frau Schulz verweist auf die mit der Einladung versandte Antwort der Stadtwerke Bielefeld.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

---

Vorsitzende Frau Schrader stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

---

---

Schrader  
Vorsitzende

---

Krumme  
Schriftführerin